

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

84 (16.4.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger ausgestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3,25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Angaben: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf. Resten 60 Pf. Kostenaufschlag. Bei längerer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittelungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtlich in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Wagner in Karlsruhe.

r. Die Sozialdemokratie und die Religion.

Das Genosse Kurt Eisner in seinem Vortrag über „Die Religion des Sozialismus“ hat, ist der nächste Materialismus, wie ihn schon Vogt und David Strauß lehrten und wie er für die heutige wissenschaftliche Welt abgetan ist. Es ist der aus der angeblichen wissenschaftlichen Grundlage des Sozialismus, der materialistischen Geschichtsauffassung, sich ergebende philosophische Materialismus, der sich von jeder grob gezeigten hat im kritischen, Niederreißen des Bestehenden, aber klein, sehr klein im Aufbauen. Was Eisner vorbringt als Gründe für die Entstehung der Religionen, ist äußerst minimal und doch wieder sehr bezeichnend. Die Religionen sind nach ihm entstanden:

1. Weil der Mensch sich außerstande fühlte, die Kräfte der Natur zu begreifen. Das sei heute anders: Wir sind nicht mehr die Unterworfenen der Natur.
2. Weil der Mensch, infolge der in früheren Zeiten fehlenden geistigen Verbindungsmittel, die Welt nicht kannte. Dadurch entstand das Bedürfnis, die Seele über die Reiden und Schmerzen des Daseins zu trösten. Aber wir wissen heute, daß wir die Natur beherrschen und daß wir der Gesellschaft ihre Gesetze diktieren können. Wir sind Herren dieser Gesellschaft. Wir arbeiten an ihr, sie zu bessern. Drum können wir nicht die Religion der alten Menschen annehmen; sie ist überlebt; sie kann nicht modernisiert werden.
3. Durch die Vorstellung von dem Leben nach dem Tode. Der Tod sei doch eine Erlösung der Menschheit. In die Unsterblichkeit der Seele glaubt der Sozialdemokrat nicht, dagegen an die Unsterblichkeit der Menschheit, da die Arbeit der Menschen fortdauert.

Das die Eisnerischen Theorien. Sie zu widerlegen, hieße Zeit und Platz verschwendung; es ist schon tausendmal geschehen gegenüber der feichten Wapologie des östlichen Materialismus, und zudem wäre der Erfolg doch zweifelhaft, denn, sagt einer unserer größten Apologeten, der Verstand des Menschen hat seine tiefsten und letzten Wurzeln im Herzen, also im Willen und der Philosophie Fichte drückt es direkt so aus: „Unter dem System ist oft nur die Gewissheit unseres Herzens. Aber eines möchten wir doch unterscheiden in den Ausführungen Eisners. Es ist die moralische Einbildung des modernen, insbesondere der sozialdemokratischen Menschen; wir sind nicht mehr Naturmenschen, die Natur, wir beherrschen die Natur usw. Diese Eingebildeten! Jetzt ist es dem Menschengeiste gelungen, etwas tiefer zu kommen in den Erkenntnis der äußeren Natur, jetzt beherrschen wir sie schon! Seht euch in eurem täglichen Leben doch einmal um, ob ihr die Natur beherrscht, oder ob die Menschheit nicht vielmehr nach wie vor in der Erkenntnis der Natur vor den allergrößten Mängeln steht! Bei derartigen Ausführungen fällt mir das Wort des sozialdemokratischen Religionsphilosophen Diebgen ein, der einmal, zwar sehr, aber ganz richtig sagte: Der Kopf ohne die nötige Demut, der sich überhebende Kopf, ist ein Topf, der die Zukunft der Sozialdemokratie, S. 16). Ein kräftiges Wort, aber im

Sinblick auf die obigen Ueberhebungen gewiß ein wahres Wort. Wissen ist Macht, lautet ein bekanntes, von der Sozialdemokratie auf die Fahne genommene Wort. Diese Macht hat aber den Genossen Eisner gewiß nicht geleitet, als er, die Gottesbeweise, die sich jedem konsequent Denkenden geradezu aufdrängen müssen, entkräftigend, den ungläubigen Satz aussprach: Es gibt keine letzte Urkade; wäre sie vorhanden, bedeutete das den Tod der Vernunft! So hilft man sich im Lager der Materialisten. Nur um das Dasein eines allschöpfenden außerordentlichen Gottes nicht anerkennen zu müssen, schlägt man solche Wurzelbäume. Es muß notwendig eine oberste Urkade geben, darüber helfen alle noch so philosophisch ausgemachten Einwendungen nicht weg. Wenn Eisner dies leugnet, und er muß es von seinem materialistischen Standpunkt tun, so bedeutet das aber die Panzerotterklärung des Materialismus in aller Form. Auf die höchste Frage weiß er keine Antwort. Jawohl, Wissen ist Macht, aber der dieses Wort geprägt, hat weiter gesagt, daß ein halbes Wissen von Gott a b w e n d e l, aber wahre und eigentliche Wissenschaft wieder h i n f ü h r t zu ihm.

Was Eisner über das Christentum sagte, ist schief oder unrichtig. Wenn er behauptet, daß heute noch derselbe Opfergeist wie in der Zeit der Christenverfolgungen vorhanden sei, so zeigt das, daß er etwas behauptet, über das er nicht nachgedacht hat. Missionäre, barmh. Schwestern, diese zwei Worte mögen zur Widerlegung genügen. Von dem Opfergeist, der in hunderten Tausenden überzeugter Christen vorhanden ist, und sich auch auswirkt, hat Eisner keine Ahnung. Wenn er den von Christus aufgestellten Grundgedanken: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, als unrichtig bezeichnet, denn er bedeutete die traffe Eigenliebe, den Eigennutz der Person, so ist das eine Behauptung, die von anderen jüd. Religionsphilosophen glatt abgetan wird. Vllinger hält gerade diesen Satz für den springenden Punkt, das Mark aller Frömmigkeit, und Göhre, dessen Schriften man im jüd. Lager noch sehr gerne vertreibt, jähweld geradezu in dem Gedanken, daß dem Heiland alles Liebe gewesen sei und schreibt geradezu zu dem von Eisner beanstandeten Satz folgendes: „Wenn man darüber ein wenig nachdenkt: welche eine edle und ungeheure Aufforderung, über die hinaus es keine größere an Menschen zu stellen gibt.“ Und Eisner nennt sie unrichtig, egoistisch!

Wir sehen im Sozialismus verschiedene Strömungen. Die jüd. Grundlage und Lehre ist rein atheistisch, weil materialistisch. Wer den Sozialismus richtig erfährt, der wird nicht nur freier in seinen religiösen Anschauungen, wie der „Volkshund“ kürzlich meinte, sondern er wird aller Religion entfremdet. Das geben die Führer auch manchmal zu. So sagt Bernstein in seinem schon früher angeführten Vortrag, daß die ersten jüd. Führer fast alle Freidenker gewesen seien, die sich von der Religion und der Kirche emancipiert hatten. Und so ist es auch heute noch. Aus dieser Tatsache ergibt sich ohne weiteres der Charakter der Partei, woran natürlich auch nichts ändert, daß Geistliche wie Vllinger ihr religiöses Bekenntnis, das allerdings auch darnach ist, ohne Gewissensbisse mit sozialdemokratischer Parteigliedschaft vereinbaren können.

nen. Auf der anderen Seite sehen wir die unbefriedigte Menschensele, das Verlangen nach Religion auch in Kreisen, die der jüd. Partei angehören. Aus diesen Strömungen heraus ist der heutige Zustand entstanden. Der Mensch will Religion, weil er sie haben muß. Der Sozialismus kann sie nicht bieten, denn er ist als System, als Weltanschauung direkt religionslos, bar des Gottesglaubens in jeder Form. Der Sozialismus will aber etwas bieten, um die Leute an sich zu fesseln und deshalb sehen gerade unsere Tage die Sozialdemokratie an einer eigenartigen Arbeit: Die einen, zielbewußt, prinzipienfest, reizen alles ein, was christlich, was religiös ist. In Reden und Schriften wird die Religion, das Christentum verhöhrt, verpöthet, verleumdet. Die andern, ebenfalls zielbewußt, weniger prinzipienfest, haben die Aufgabe, den Leuten alles klar zu machen, daß auch der Sozialismus religiös sei, allerdings nicht im Sinne der jetzigen Religionen. Der Sozialismus müsse sich eine neue Religion schaffen, die sich anpaßt der rauhenden Schloten, den fahrenden Eisenbahnen, sie soll freudvolles Leben der Gegenwart sein. Die große Menschheitsidee soll der neue Glaube umfassen, die Sehnsucht der Menschen befriedigen. So Eisner u. a. Und dann noch eine dritte Gruppe, die glatt nachweist, daß Christentum und Sozialdemokratie keine Gegenläge seien, sich nicht — wie Vebel sagte — wie Feuer und Wasser gegenüberstünden, daß das Christentum, richtig aufgefaßt, nur Sozialismus sein könne; die Gruppe der Vllinger, Göhre usw.

Was ist Wahrheit? Der Sozialismus ist nach seiner wissenschaftlichen Grundlage, seiner Lehre, seinem Programm atheistisch, gottlos. Die Betätigung seiner Anhänger ist demgemäß, soweit sie konsequent sind, gleichfalls atheistisch, gottlos. Der Programmist, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, ist nach der Ansicht vieler nur Heuchelei. So schreibt Bernstein („Vorwärts“ 1905 Nr. 71):

„Die ersten sozialdemokratischen Führer seien fast alle Freidenker gewesen, die sich von der Religion und Kirche emancipiert hatten. Als dann die Partei größer wurde, habe sie mit Rücksicht auf das Ständchen, welches die religiöse Gesinnung der Bauern unserer Agitation entgegenstehe, den Programmpunkt aufgestellt: Religion ist Privatangelegenheit. Also nur aus taktischen Rücksichten, vor allem um Wählerstimmen zu gewinnen, sei dieser Punkt in unser Programm aufgenommen worden. Das sei nicht nur Widerwärtig, sondern Heuchelei. Warum sollten wir nicht versuchen, die religiösen Elemente zu bezaubern. Mit religiösen Dummköpfen könnten wir nichts anfangen, denn wer unter dem Einfluß der Geistlichen stehe, könne kein zuverlässiger Sozialdemokrat sein.“

Und ihm stimmt der größte Teil der Partei zu. Die Stellung für den Katholiken, den Christen, ergibt sich daraus ohne weiteres. Die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein kann, muß b e r e i n t werden, sagt selbst Erdmann, der Leiter der jüd. Parteikorrespondenz und bezüglich der Geflogenheit, einen Unterschied zu machen zwischen Kirche und Religion, sagt er ganz richtig, daß sich Kirche und Religion wohl theoretisch, aber nicht praktisch auseinander halten lassen. Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, die denjenigen des Christentums direkt gegenübersteht. Wer zum Sozialismus hält, kann nicht Christ sein und wer das Bedürfnis hat nach wirklich religiöser Befriedigung, nach einer sich auch wissenschaftlich als haltbar

erwiesenen Religion, die sich nicht in nichts sagenden Worten erschöpft, sondern der Erkenntnis und dem Willen die höchsten Probleme bietet, der kann nicht jüd. Anhänger der jüd. Weltanschauung bleiben. Einen Kompromiß gibt es hier nicht!

Deutschland.

Berlin, 16. April 1909.

Der Herzog von Arenberg als Zentrumskandidat — so schreibt uns unser Berliner Mitarbeiter — ist unteren Gegnern schwer auf die Nerven gefallen; ein leidenschaftlicher Herzog als Zentrumskandidat, gar einer der reichsten Herzöge der Welt. Na, da muß etwas ganz anderes dahinter stecken. Da vollends dieser Herzog der erste preussische Adelige ist, das Privileg des steten Zutritts beim Kaiser hat, da er persona gratissima am Hofe ist, fällt diese Kandidatur doppelt auf. Es ist aber zum Lachen, mit welcher fadenheimgen Gründen sie bekämpft wird; man liest jetzt deren zwei: 1. die Arenbergs seien gar keine Deutschen, sondern eine internationale Adelsfamilie; 2. der Herzog von Arenberg wohne nicht in Deutschland, er sei ein Belgier und so ist es nur noch ein Schritt und man hat den neuesten „Beweis“ von der „Internationalität“ des Zentrums. Aber beide Vorwürfe sind unzutreffend und falsch. Die Familie Arenberg ist, wie schon ihr Name sagt, eine urdeutsche Familie; daß sie im 16. Jahrhundert (1) aus französisches Blut in sich aufnahm, kann heute doch nicht entscheidend sein. Der frühere Zentrumskandidat Prinz Franz Arenberg holte sich 1870 das Eisener Kreuz, ebenso sein Bruder Johann und der älteste Bruder war Domkapitular in Gischlitz. Gewiß haben die Arenbergs auch Seitenlinien in anderen Staaten; aber trifft das nur beim Hause Arenberg zu? Man nehme nur einmal die Familie Rothschild her, die in Wien, Paris und London sitzt, und doch war der deutsche Reichstag Reichstagsabgeordneter. Als Herr Dernburg den großen Sprung vom Bankdirektor zum Staatssekretär machte, haben gerade freisinnige Blätter mit Stolz darauf hingewiesen, daß ein Verwandter desselben der französische Gelehrte Derenbourg sei; bei Herrn Dernburg räumte man als Verdienst, was beim Herzog Arenberg ein Mangel sein soll. Gerade dadurch, daß der Graf des Gesamthauses Arenberg in den deutschen Reichstag eintritt, wird der deutsche Einfluß nur gewinnen. Man bleibe also mit solchen Mäthen zupause. Genau es sieht es mit dem zweiten Einwande aus: Der Herzog sei Belgier und wohne in Brüssel. Gewiß hat er in Brüssel ein sehr schönes Schloß, aber hat der Kaiser nicht auch in Korfu ein Schloß, hat der amerikanische Reichskanzler nicht eine Villa in Rom gekauft (2), hatte nicht Reichskanzler Fürst Hohenlohe reiche Besitzungen in Rußland? Daß der frühere lotringische Abgeordnete Jaunes fast immer in Paris saß, daß die Liberalen nicht geniert, den jetzigen liberalen Reichstagsabgeordneten de Wendel, der fast nie in Berlin, sehr viel aber in Paris zu sehen ist, haben die Wohlfeulen alle gegen einen einheimischen Zentrumskandidaten gemöhlt. Warum ist man denn beim Herzog Arenberg so nervös? Derselbe hat, obwohl er zu keinem Militärdienst verpflichtet war, in der preussischen Armee gedient, er hat im Bezirk Münster ein Schloß, wo er häufig residiert; als Mitglied des preussischen Herrenhauses nahm er an dessen Sitzungen stets Anteil und erschien schon seit Jahren immer beim Glase Bier im „Löwenbräu“, wo die Zent-

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Die Pfarrei Markeltingen hat Herr Stefan Ludwig Duzi von Heitersheim, früher Stadtpfarrer in Donaueschingen, Cooperator in Freiburg, Kaplan in Waldshut, geboren 1848, Priester seit 1872, erhalten. Die Pfarrei Dberzell Herr Pfarrer Jgnaz Vott in Merzlingen, geboren 1844, Priester seit 1870, erhalten. — Herr Pfarrer Karl Wäfer in Stodach wird Musik- und Gesangslehrer an der Landerischen Anstalt in Sasbach.

Bayerische Bischofskonferenz. Die bayerischen Bischöfe traten in Freyding am Mittwoch zu einer auf zwei Tage berechneten Konferenz zusammen. Der erkrankte Erzbischof von Bamberg, Dr. v. Albert, hat den Domkapitular Dr. Köber mit seiner Stellvertretung beauftragt. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Katedismusstfrage, die Kirchenregierungsordnung, die Frage der geistlichen Schulaufsicht usw.

Paris. Erzbischof Msgr. Amette ist nach Rom gereist in Begleitung des Generalvikars Odelin und des Domherrn Clement. Der Zulauf der Gläubigen in der Notre-Dame-Kirche soll seit Menschengedenken noch nie so groß gewesen sein wie dieses Jahr am Osterfesttag. Am 18. April findet die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans statt.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 16. April 1909.

— **Groß-Hoftheater.** In den bereits gemeldeten Neuheiten, welche unsere Oper beabsichtigt noch in dieser Saison zu geben („Manon“, „die beiden Widue“) soll auch noch Gorters' „unseres ehemaligen Hofkapellmeisters musikalisches Lustspiel „das süße Gift“ gegeben werden.

— **Geb. Simonh,** welche für Montag den 19. April am hiesigen Hoftheater als „Lalme“ zu Gast geladen

ist, ist bisher im deutschen Sprachgebiet nur als Konzertsängerin aufgetreten; ihre glänzenden Leistungen auf diesem Gebiete sind dem hiesigen Publikum bekannt. Die ersten Erfolge, die die junge Künstlerin am Theater de la Monnaie in Brüssel und an der französischen Oper in Haag verdankte der Tragfähigkeit ihrer zur Vollkommenheit entwickelten Koloraturen und ihrer dramatischen Ausdruckskraft auch auf dem Gebiete des Operngelanges erzielte, dürften bei dem Gastspiel als Lalme einen echt künstlerischen Genus in Aussicht stellen. Eine Simonh wird die Partie in französischer Sprache singen.

Zweites Freiburger Kammermusik-Fest. Am 4., 6. und 7. Mai wird in Freiburg im Breisgau das Münchner Streichquartett (Kilian, Knauer, Kollnhaas, Krieger) unter Mitwirkung der Mitglieder des Münchner Hoforchesters: Kammermusiker Hoyer (Horn), Ebberreiner (Cello), Malch (Klarinette), Luderemann (Horn), sowie von Professor Johannes Meschaert (Baß), Hermann Müller (Klavier) und des Komponisten Julius Weismann (Klavier) eine Auswahl von Meisterwerken der klassischen und neueren Kammermusik-Literatur ausführen. Im Programm befinden sich u. a. Schuberts großes Quintett (op. 163), Mozarts Klarinettenquintett, Schuberts Schwannengesang (Meschaert), Brahms' Horntrio, Beethovens Quartett, Streichtrio (Serenade) und Sextett für Streichquartett und zwei Hörner, ein neues Trio von Weismann u. s. w. — Ausführliche Programme und Prospekte durch den Verkehrsverein Freiburg i. Br.

Kleines Feuilleton.
KAC, Eine Novelle aus dem Leben spielte sich dieser Tage in San Sebastian in Spanien ab. Die

Testamentsvollstrecker einer reichen, in Mundaca verstorbenen Dame fanden sich nämlich dort ein und lachten nach einem jungen Fischer, der aber gerade auf der See war. Als er endlich abends vom Fischfang heimkehrte, überprüfte sie ihn mit der Mitteilung, daß jene ihm gänzlich unbekannt Dame seine Mutter gewesen sei, die ihm ein Vermögen von drei Millionen hinterlassen habe. Der Fischer nahm die Sache nicht weiter tragisch, zog seinen besten Knug an und setzte sich in ein Automobil, um nach Mundaca zu fahren und sein Erbe anzutreten.

KAC. Ein guter Säher. Die Kurverwaltung in Scheveningen hat befaßtlich einen Preis von 1000 Gulden für das erste Luftschiff ausgelegt, das von der Frankfurter Luftschiffahrts-Ausstellung nach Scheveningen fährt. Ein Spahnmacher hatte nun die Märe verbreitet, Graf Zepplin wolle diese 1000 Gulden schon jetzt verdienen und komme deshalb mit dem Reichsballon am Donnerstag vor dem Scheveninger Kurhaus an. Dort hatten sich eine Reihe Leute aus Haag und Umgebung eingefunden, die den berühmten Luftschiffer sehen wollten. Leider kam dieser nicht, wohl aber stellte sich ein Herr ein, der die Menge darauf aufmerksam machte, daß heute (Donnerstag) der 1. April sei.

KAC. Rio de Janeiro. Was ein Sähen werden will...! Zu einem heiligen „Café Chantant“ erregte kürzlich ein zwölfjähriges Bürschchen allgemeines Aufsehen. Das Kerlchen hatte dort eine Loge genommen, in welche es mehrere Frauenzimmer einlud und mit Sekt und dergleichen großartig bewirtete. Dabei rauchte das hoffnungsvolle Pflänzchen große Zigarren und freute sich gönnerhaft seines Luns, den Zylinder (1) unternehmend in den Nacken geschoben. Der Skandal dauerte nicht

allzulange: die Polizei legte sich ins Mittel und führte den kleinen Vernunft auf die Wache. Dort stellte es sich heraus, daß er Jorge Ebee hieß, Sohn eines angehenden Kaufmanns in Sao Paulo und den „Wummel“ nach Rio heimlich auf eigene Faust unternommen hatte, ohne vergessen zu haben, sich vorher aus des Vaters Kasse mit einer namhaften Summe zu versehen. In Rio hatte er sich im Brothotel der Zentralavenue erster Klasse einlogiert.

Wenigliche Dinge erlebt man nicht bloß in Südamerika. Vor einigen Tagen stürzte sich ein 16jähriger Bürschchen in Mannheim in den Neckar und wurde, weil es ihm zu nah war, scheinend herausgezogen. Er stammte aus Mailammer, hatte seinem Vater ein paar hundert Mark gestohlen, um sie in Mannheim — auch bei Frauengeldern — zu verjubeln, wobei ihm der Geldbeutel mit Inhalt gestohlen wurde. Der Schluß war Selbstmordversuch aus Angst vor dem Vater. Einige Tage später wurde ein noch jüngeres Bürschchen irgendwo in Baden gefaßt, das von 1000 Mark gestohlenem Geld schon über 600 M. verjubelt hatte. Da sollte dem internationalen Meeretrohr zu seinem Recht verholfen werden.

Briefkasten.
Nach **Makart F. D.** Am 11. Mai ds. J. sind es nicht 50 sondern 60 Jahre seit dem Tode des Komponisten der „Infini Weiber von Windsor“. Otto Nicolai starb am 11. Mai 1849. Aber in diesem Jahre sind es 100 Jahre seit er geboren (1809) und es ist zu beklagen, daß er so früh (mit 40 Jahren) starb, denn er hätte ohne Zweifel für die deutsche Oper noch viel Erprobendes leisten, vielleicht, mit seinem Talent, seiner Anteiligung eine Aoripho der Kunst seines Vaterlandes werden können.

trumsfraktion ihren Stammsitz hat; er hat aus seiner politischen Anschauung als Zentrumsmann nie einen Neht gemacht und seit 1906 ist er damit noch stärker als früher hervorgetreten. Die deutschen Verhältnisse kennt er sehr genau; denn wie wäre es sonst zu erklären, daß er das Reichstagsmandat angenommen hätte. Doch nicht etwa wegen der 3000 Mk. Diäten, der Mann mit über 20 Millionen Mark Jahresverdienst. Gerade sein hohes Interesse für Deutschland bewog ihn, sich an dem politischen Kampfe zu beteiligen, und wenn er gewählt ist, woran niemand zweifelt, wird er zum Vorkämpfer der Blockpartei auch in Berlin sich niederlassen. Wir aber freuen uns, daß das Zentrum eine solche Kandidatur aufgestellt hat; da bestätigt es sich wieder als die christliche Volkspartei, die den Verzug und Pflanzerei ebenso umschließt, wie den Bauern, Handwerker und Arbeiter. Es ist einer politischen Partei, die aus den gemäßigten Vätern spricht, denn welche andere Partei kann es sich gestatten, einen Verzug als Kandidaten aufzustellen mit der Aussicht, daß er gewählt wird? U. v. a.

Zur Reichsfinanzreform führte der Abg. Trimborn in einer auch sonst recht bemerkenswerten Rede in Köln u. a. (lt. Köln. Volksztg.) aus: „Der Kaiser wolle nicht, daß in dieser Frage das Zentrum mitwirkt. Den Blockparteien habe er erklären lassen, es gehe nicht an, daß in der Frage der Finanzreform ein grundlegender Beschluß gefaßt werde, der auf Anträgen des Zentrums beruhe. Das Zentrum müsse ausgehalten bleiben. War das nicht geradezu eine unwürdige Komödie, Blamabel und Beschämung? Eine benützte Regierung fragt nicht, wenn zur Lösung einer Frage ein unannehmbares Vorschlag gemacht wird, von welcher Partei er kommt. Sie hat über den Parteien zu stehen. Aber dem Zentrum gegenüber ist alles erlaubt, das darf ein canaille behandelt werden. Arbeit es noch besten Kräfte mit, da heißt es, was mit ihm, nationale Fragen lösen wir allein. Und der Inspirator und die Seele dieses nichtsnutzigen, unsere parlamentarische Lage schwer schädigenden Treibens ist der höchste Beamte des Reiches, derselbe Reichskanzler, der Jahre hindurch große nationale Fragen nur mit Hilfe des Zentrums der Lösung entgegenzuführen konnte. Bismarck war gewiß ein scharfer Gegner des Zentrums, aber diese Kampfesweise hat er doch verschmäht, selbst in der größten Hitze des Kulturkampfes. Aus dem ganzen Vorgang ergibt sich für das Zentrum die Folge, sich bei ferneren Verhandlungen der Kommission noch mehr als bisher zurückhalten. Einmal haben wir keine Veranlassung, uns aufzudrängen, sodann könnte eine wirklich gute Idee in ihrer Durchführung daran scheitern, daß sie vom Zentrum ausgeht. Dennoch habe das Zentrum im Interesse des Vaterlandes mitgearbeitet; wenn man aber unsere Mitwirkung nicht will, machen wir, was wir für recht und billig halten.“

Trimborn hat hier einmal gefeiert, was von dem Verhalten der Blockregierung in der Finanzreform zu halten ist. Bekanntlich hat auch der nationalliberale Abg. Baasche keine größere Sorge als die, daß das Zentrum ausgeschaltet bleibt. Nur gut, daß diese Regierung ungetrenntbar zusammenhängt mit der bis jetzt färrnerlichen Wera der inneren Politik des neuerstandenen deutschen Reiches! Dieser Sommer wird von der Blockpresse tagtäglich befeuert.

Ueber die Steuerprojekte selbst führte Trimborn nach der „Köln. Volksztg.“ aus:

„Was nun die einzelnen Steuerprojekte angeht, so ist es unmöglich, sie hier alle durchzusprechen. Die meisten sind auch noch so wenig durchgearbeitet und noch so unferdig, daß es unmöglich ist, heute schon dazu eine endgültige Stellung zu nehmen. Hat doch noch kein einziger Entwurf auch nur die zweite Lesung der Kommission passiert. Eines möchte ich aber doch schon jetzt hier mit aller Bestimmtheit erklären: Ich werde keinen Pfennig neuer indirekter Steuern bewilligen, wenn nicht vorher sichere Festsetzungen über die Nachlasssteuer gemacht sind. Zur Wehrzeit gehörten auch frühere Anhänger dieser Steuer sie zugunsten der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Eltern und Kinder preiszugeben. Sollten für mich Nachlasssteuer oder Erbschaftsteuer in Frage kommen, so würde ich der letzteren den Vorrang geben; von anderen Gebühren abgesehen schon deshalb, weil die Nachlasssteuer stets zu gleichen Prozentsätzen erhoben wird, gleichviel, ob man ein Erbe oder mehrere Erben vorhanden sind, während die Erbschaftsteuer je nach der Größe der Erbportion und unter Berücksichtigung sonstiger Verhältnisse sich individuell gestalten läßt. Für höchst bedenklich hielt Bedner die Vermögens-, unempfindlich sei ihm die weitere Befassung des Tabaks.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

X Von der österreichischen Flotte. Nachdem Oesterreich-Ungarn infolge der politischen Ergebnisse der letzten Monate sich veranlaßt sah, seine Armee auf einen höheren, durchaus schlagfertigen Stand zu bringen, geht es jetzt auch daran, seiner Flotte erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar sollen vier Dreadnoughts gebaut werden. Wie das Fremdenblatt meldet, wird die Marineverwaltung von den diesjährigen Delegationen Kredite für den Bau solcher Schiffe verlangen. Mit dem Bau soll, falls die Bewilligung erfolgt, bereits am 1. Januar 1910 begonnen werden. Die Baukosten werden sich für jedes Schiff auf 55 Millionen Kronen belaufen. Die vier neuen Schlachtschiffe sollen als Ersatz der aus dem neunziger Jahren stammenden drei kleinen Einheiten der Monarchklasse (5000 Tonnen) dienen.

Eigentlich eine ganz selbstverständliche Sache! Oesterreich-Ungarn hätte als selbstverständliches Ziel sich die Herrschaft auf der Adria gestellt. Die Seeherrschaft bei Adria bedeutet den Höhepunkt dieser Bemühungen. Aber nur zu bald erlahmt der Eifer. Die Nationalitätenkämpfe im Innern und der Widerstand Ungarns, das ja überhaupt keine Rüste hat, beschränken die Ziele, die der Flottenpolitik gestellt waren, immer mehr. Man begnügte sich schließlich mit dem Programm eines Schutzes der Küste und hätte vermutlich im Notfall nicht einmal dieser Mindestforderung sich gewachsen gezeigt. Jetzt will die österreichische Regierung gleich auf einmal vier Kriegsschiffe der größten Dimensionen auf Stapel legen, um wieder zur See mitzusprechen zu können. Es sind „Dreadnoughts“, die unter Verbindeter zu bauen beabsichtigt, und zwar mit solcher Beschleunigung, daß sie schon im Jahre 1912 vom Stapel laufen können. Auch wenn man berücksichtigt, daß diese neu geschaffenen Panzerkreuzer für eine Entscheidung in der Nordsee nicht in Betracht kommen können, so

wird man sich doch jagen müssen, daß dadurch die Flottenpolitik des deutschen Reiches wesentlich erleichtert wird. Denn der Druck, den eine aktive österreichische Flotte auf das Mittelmeer ausüben wird, muß unter allen Umständen eine Konzentration der englischen Flotte in der Nordsee erzwingen, da der Seeweg nach Indien gesichert werden muß. Es liegt nahe, daran zu denken, daß auch die italienische Flotte in der Dreiecksbesprechung einen wichtigen Platz einnehmen wird, wichtiger, als sie ihr bisher zugewiesen wurde. Hat Deutschland in der Balkanpolitik Oesterreich treu unterläßt, so darf man diesen Flottenbau als eine dankenswerte Gegenleistung unseres Verbündeten ansehen. Das merkt man auch in England, wo die Ansicht Oesterreichs lebhaft begrüßt wird. Man rechnet bereits die deutschen u. die österreichischen Schiffe zusammen, wobei man sich wohlweislich auf die Dreadnoughts beschränkt und alle anderen Schiffe außer Betracht läßt. Dann kommt man allerdings zu dem Ergebnisse, daß der englische Zweimächtestandard selbst bei dem gleichzeitigen Bau von sechs großen Schiffen gefährdet sei. Aber eine solche Rechnung ist grundfalsch, weil eben die englische Flotte in der Nordsee immer dominieren wird, und weil das deutsche Reich niemals daran denken kann, mit England zu Wasser in einen Wettbewerbs einzutreten. Man muß schon die englischen Parteiverhältnisse in Betracht ziehen, man muß sich erinnern, daß die Konservativen nur eine günstige Gelegenheit suchen, um das liberale Kabinett zu stürzen und die liberale Mehrheit zu beiseite zu räumen, die für die künftige Aufgewecktheit der Nation vor dem Dreadnought in der Nordsee und im mitteländischen Meer richtig einschlagen will.

X Die Mohammedaner in Bosnien und der Herzegowina. Einer amtlichen Meldung zufolge hat Kaiser Franz Josef das Statut betreffend die autonome Verwaltung der Kulturen, Stiftungen- und Schulangelegenheiten der Mohammedaner in Bosnien und der Herzegowina sanktioniert. Das Statut stellt das Recht der mohammedanischen Bevölkerung dar, die zwischen der bosnischen Landesregierung und den Vertretern der mohammedanischen Bevölkerung gepflogen wurden und deren wichtige Punkte der Öffentlichkeit bereits bekannt sind. Das Statut basiert auf dem Prinzip der nur durch die allgemeinen Landesgesetze und das oberste Aufsichtsrecht der Regierung beschränkten Selbstverwaltung. Es ist zuversichtlich zu hoffen, daß das durch das Statut vollkommene Gesetz, dessen Verwirklichung dem seit Jahren empfindenen Bedürfnis der Konsolidierung und Ausgestaltung der Verhältnisse des Islam in Bosnien und der Herzegowina Rechnung trägt, die bosnischen Mohammedaner durchaus befriedigen und zur Befestigung ihrer Abhängigkeit an die Monarchie sowie zu ihrer geistlichen kulturellen Entwicklung wesentlich beitragen wird.

Italien.

+ Drohende Haltung der Araber in Tripolis gegen die Italiener. Dem Minister des Auswärtigen wird aus Tripolis über die Haltung der arabischen Bevölkerung, die über die Italiener sehr aufgebracht ist, gemeldet, daß man eine Annahme der Unruhen befürchtet. Ein Panzergeschiff ist in Benghazi eingetroffen, zwei weitere Schiffe werden dort hin abgeplant. Die italienische Presse fordert ein energisches Vorgehen der Regierung gegen die Araber.

England.

X Handelsminister Churchill über die deutsch-englischen Beziehungen. Der Handelsminister Churchill richtete an den Vorsitzenden des liberalen Klubs in Dundee einen längeren Brief, in dem er die Flottenfrage behandelt und den jüngsten Flottenalarm besänftigt. Es heißt in dem Schreiben u. a.: Die Admiralität ist bereit, zu beweisen, daß die britische Flotte nicht nur jeder vernünftigen Kombination zweier Mächte überlegen ist, selbst im Jahre 1912, sondern auch einer Kombination der beiden nächststärksten Mächte Europas. Es gibt keinen nationalen Gegenstand zwischen den Interessen des englischen und des deutschen Volkes. Keine jener Streitigkeiten, verursacht durch territorialer, dynastischer und religiöser Fragen, die in der Vergangenheit die Welt bewogen oder gegenwärtig zur unabhängigen Haltung von Nationen beitragen, existiert zwischen England und Deutschland oder hat je existiert. Es besteht zweifellos eine Aivalität im Handel, aber Deutschland ist unser bester Kunde, wie wir der seine. Trotz überwölkender Kräfte, die wir in allen Ländern vertreten sehen, ruht der europäische Friede auf immer breiterer und tieferer Grundlage. Wenn ein erster Gegenstand dennoch hervorretreten ist, so ist er nicht aus natürlichen Kräften, sondern aus die verbrecherische Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Persönlichkeiten in beiden Ländern und auf eine fröhliche Leichtgläubigkeit breiter Volksschichten zurückzuführen.

Asien.

X Revolution in Persien. Die Zonuden, ein turkmenischer Stamm, umringten die Stadt Mstabad, die vor einiger Zeit von kassachischen Revolutionären, unter Führung des früheren Zeitungskorrespondenten Panow eingenommen worden war, und eröffnete den Kampf gegen die Revolutionäre, wobei viele Personen getötet wurden. Panow flüchtete, seine Anhänger ergaben sich dem russischen Kommando. Am russischen Konsulat fanden viele Bewohner der Stadt und Umgebung nebst Frauen und Kindern Zuflucht. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen, da ein Mstabad vonseiten der Turkmener besetzt wird.

Amerika.

X Verbot des Terminationshandels in der landwirtschaftlichen Produktion. Aus Washington wird gemeldet: Der Präsident der Ackerbaukommission brachte im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf ein, welcher den Terminationshandel in Weizen, Baumwolle und anderen landwirtschaftlichen Produkten verbietet. Der Gesetzentwurf ist durch die derzeitigen Weizenpreise am Weizenmarkt veranlaßt. Es wäre dieses Verbot ein Segen auch für ganz Europa. Man erinnere sich nur an die modernen Verträge der Sully und Brown vor einigen Jahren, die den Preis der Baumwolle fast auf das Doppelte trieben und so bewirkten, daß selbst aus Deutschland aus den Spinnereien die Baumwolle wieder nach dem Produktionsland Amerika geschafft wurde zu Spekulationszwecken. Laufende von

Arbeitern wurden dadurch brotlos gemacht und die Preise für die Baumwollstoffe exorbitant gesteigert. (Die Red.)

Die Militärrevolte in Konstantinopel.

Die Ruhe hergestellt.

An die deutsche Orientbahn in Berlin ist gestern folgendes Telegramm aus Konstantinopel eingelaufen: Heute ist die Ruhe vollkommen wiederhergestellt. Allgemein wird die Tätigkeit wieder aufgenommen. Banken auch in Stambul geöffnet.

Vom 15. ds. wird aus Konstantinopel gemeldet: Bis spät abends wurde die Ruhe nirgends mehr gestört. Stambul und Galata haben wieder ihr normales Aussehen. Die Reuten haben ihre Forderung um Auslieferung respektive Erschießung einer Anzahl von ihnen namhaft gemachter Militär- und Zivilpersonen infolge Eingriffes der Gendarmerie zurückgezogen. Den Komiteemitgliedern Dschahid Bey und Hussein Dschahid ist es gelungen, mit Hilfe einer fremden Botchaft zu flüchten. Falls das jungtürkische Komitee seiner Tätigkeit in Konstantinopel nicht einstellt, wird das neue Kabinett energische Schritte gegen dasselbe einleiten.

Die Ruhe in den Städten hält an. Lediglich kleine Truppen von Soldaten und Zivilisten versammeln sich auf den Straßen Kundgebungen gegen das jungtürkische Komitee. Bei der Verhinderung des jungtürkischen Klubs wurde das Archiv, insofern es nicht vernichtet worden ist, beschlagnahmt. Es sollen höchst kompromittierende Papiere, die die Enthronung des Sultans enthalten, gefunden worden sein.

England wachte von der bevorstehenden Umwälzung.

Als Beweis dafür, daß sich die Revolution in der Türkei schon seit Wochen vorbereitet, möge folgende diplomatische Quelle stammende Mitteilung dienen: Der König Eduard seine Festlandreise antwortend, erwoog man in London den Plan eines Besuchs des König Eduards in Konstantinopel. Der König war jedoch auf den nachdrücklichen Rat des englischen Botschafters in Konstantinopel hin, der schon damals darauf hinwies, daß schwere Umwälzungen jeden Tag entfehen können und es nicht geraten sei, den König den Zufällen solcher Ereignisse auszuliefern.

Ein Ultimatum Bulgariens?

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der englische Botschafter mit Bulgarien seit längerer Zeit geheim verhandelt, um für den Fall einer inneren Krise in der Türkei ein sofortiges Vorgehen Bulgariens zu veranlassen.

Aus Saloniki wird gemeldet: Auch hier begannen die Truppen, sich gegen die Offiziere aufzulehnen. Die Albaner beschloßen, aus dem jungtürkischen Komitee auszutreten. Hier zirkuliert das Gerücht, Bulgariens werde der türkischen Regierung ein kurzfristiges Ultimatum stellen.

Gegen die Jungtürken.

Der Böbel, geführt von Soldaten, hat gestern die Redaktionsräume der jungtürkischen „Lüster“ und „Schwarzlampe“, sowie die Räume des jungtürkischen Klubs und des Frauenklubs zerstört und geplündert. Der Chefredakteur des „Lüster“, der Deputierte Hussein Dschahid und der Saloniker Deputierte Dschahid sollen sich in die Botchaft geflüchtet haben. Auch die übrigen jungtürkischen Deputierten und viele hervorragende Jungtürken haben sich teils versteckt, teils sind sie geflüchtet.

Die Reuten haben gestern eine Proskriptionsliste aufgestellt, auf der sich hundert Militärs und einige Zivilpersonen befinden, darunter Silmi Pascha, deren Erschießung bezw. Auslieferung sie verlangen. Sie sollen aber von diesem Verlangen bereits wieder abgekommen sein.

Regierung und Kammer.

Die Kammer billigte einstimmig die letzten Ereignisse und drückte den Willen aus, die Arbeiten zum Wohle des Landes weiterzuführen gemäß dem Scheriatgesetz und der Konstitution, die nach der ministeriellen Erklärung nicht bedroht ist.

Die Kammer beschloß, eine Proklamation zu veröffentlichen, worin erklärt wird, daß die Verfassung nicht in Gefahr sei.

Der Großvezier richtete an alle Wäls eine Zirkularbescheide, welche besagt, es sei die höchste Pflicht der Beamten, in allen Angelegenheiten gemäß der heiligen Scheriatgesetze vorzugehen und ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen Volksklassen entsprechend der Verfassung herzustellen. Das Ministerium ist in der gemeldeten Zusammensetzung gelöst und vom Sultan bestätigt; nur der Marineminister wurde interimistisch ernannt.

Das Scheriatgesetz

spielt in den letzten Ereignissen eine große Rolle. Prof. Leop. Bekofsch führt darüber in der „N. Fr. Pr.“ aus:

Das Scheriatgesetz stammt aus der Anfangszeit des Islams, der ersten Epoche des Aufstiehs, und ist nicht etwa ein Gesetzeswerk mit einer bestimmten Anzahl von Paragraphen, sondern eine sehr umfangreiche Sammlung von Vorschriften aller Art, geschichtlichen Ueberlieferungen, die nicht immer klar sind und der Auslegung weiten Spielraum lassen, ja zum Teil direkt Sache der Interpretation bilden. Die Tradition spielt dabei übrigens auch ihre gewichtige Rolle und mag wohl selbst stärker sein als das geschriebene Wort. Auf dem Scheriatgesetz beruht unter anderem das ganze türkische Familienrecht, es regelt die Ehe und die Erbschaft, enthält aber keine zivilrechtlichen Bestimmungen, wenn auch wohl in frühester Zeit bei strittigen Fällen das Scheriatgesetz mit seinen Deutungen alle Lücken ausfüllen mußte.

Eines kann man trotz des dargelegten Charakters des Scheriatgesetzes mit aller Bestimmtheit aussprechen: Es gibt keine Stelle, aus der sich ableiten ließe, daß die Türkei kein konstitutioneller Staat sein darf. Diese wichtige Tatsache wird auch dadurch erhärtet, daß der Scheich-ul-Islam ausdrücklich erklärt hat, daß die Verfassung mit dem Koran vereinbar sei. Ja, wenn man die ursprünglichen Verhältnisse in Betracht zieht, kann man sogar aussprechen, daß die Grundlagen direkt republikanische Züge tragen. „Dschami“, gleichbedeutend mit Mojhee, war zurzeit Mohammeds ein Versammlungsort, wo sich die

Gläubigen, die Mitglieder der Gemeinde, einmal wöchentlich, am Freitag, versammelten, um administrative und politische Angelegenheiten zu besprechen. Wenn dennoch die Gesellschaft gegen die Konstitution ist, so sind die Ursachen hierfür nicht religiöser Charakters, sondern auf einem andern Gebiet zu suchen.

Etwas anders liegt die Frage der Wehrpflicht der Christen. Populär ist die Idee unter den strenggläubigen Mohammedanern nicht. Jahrhundertelange Tradition, die in der Praxis beinahe die Kraft einer Bestimmung des Scheriatgesetzes beizumessen ist, spricht dagegen. Bei der gegenwärtigen Umwälzung ist dieses Prinzip, ohne welches ich mir eine wirklich konstitutionelle Türkei nicht vorstellen kann, als eine der grundlegenden Bestimmungen im Manifest des Sultans aufgenommen worden. Es war aber vielleicht ein Fehler, zwischen der Proklamierung und der Befestigung des Gedankens eine so lange Zeit verstreichen zu lassen. Die Verzögerung der Christen zum Militärdienst ist unangenehm nötig, wenn sie nicht die untergeordnete Rolle eines so kämpfenden Volkes weiter spielen sollen. Es ist aber auch das einzige Mittel, die Konstitution zu festigen.

In der türkischen Geschichte gibt es — soweit mir erinnerlich — keinen Präzedenzfall, wonach Christen zum Militärdienst zugelassen wurden.

Aufstand in Albanien.

In Albanien ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Albaner plagen einen Angriff auf die Städte Pristina, Zepel, Prigred und Mitrovica. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Albaner, die früher die Balaschwade stellten, aus dieser einflußreichen Stellung verdrängt und durch türkische Soldaten ersetzt wurden. Sie hoffen nun durch einen Aufstand wieder in ihre alten Rechte eingeleitet zu werden. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Saloniki: Die Albaner revoltierten. Sie erklärten die Haltung der jungtürkischen Offiziere für antireligiös. Die Truppen in Dibra und Umgebung machten gemeinsame Sache mit den Albanern und drängten die jungtürkischen Offiziere hinaus. Die Jungtürken weigern sich, das neue Regiment anzuerkennen und organisierten erbitterten Widerstand. Zwanzig Bataillone des dritten Korps sind einberufen worden. Die Bahngesellschaft Salonik-Konstantinopel erhielt den Befehl, alle verfügbaren Wagen für eventuelle Truppentransporte nach der Hauptstadt bereit zu halten. Gegenwärtig findet ein impopuläres Massenmeeting statt. In der Stadt sind alle Läden geschlossen. Allgemein wird der Wunsch nach Sicherung der Verfassung laut.

Der Sultan und die neue Bewegung.

Die Aeußerung, die der Minister des Aeußeren Rifaat Pascha gegenüber dem Vertreter der „Frankf. Zeitung“ in Konstantinopel getan hat: „Wir stehen vor einem Rästel und verstehen nicht von dem Ereignissen, die sich vor uns entrollen“, feinsinnig an besten das jübe Erlaunen, das alle — auch in der Türkei — eracht haben muß, bei Beginn der Militärrevolte, deren Vorbereitung nur ganz wenigen Eingeweihten bekannt gewesen ist. Ob die oberste Leitung dazu wirklich in den Händen des Sultans selbst gelegen hat, ist von einigen Vätern gemeldet worden ist, läßt sich zum mindesten nicht beweisen, und wird sich wahrscheinlich niemals nachweisen lassen. Sider ist jedenfalls, daß sein Einfluß auf die Regierung und das weitere Schicksal des Reiches durch die letzten Ereignisse bedeutend gewachsen ist. Das Komitee „Einheit und Fortschritt“ dagegen hat zunächst jedenfalls völlig ausgepielt, nachdem der Kommandeur des ersten Korps, General Mahmud Muktar, der erst nach der Verfassungseinführung im Januar das Kommando übernommen hatte, mit samt dem ihm und dem Komitee treugehörigen Truppen umzingelt und gefangen genommen worden ist.

Baden.

Karlsruhe, 16. April 1909.

Mit Entschiedenheit Groß-Oberstaatsrat wurde dem Reichskonsul in Mannheim die etatsmäßige Ausreise eines Reichlebers an der Reichskonsul in Regensburg und Reichleber Friedrich Albert an der erweiterten Reichskonsul (Bürgerliche) in Konstanz in gleicher Eigenschaft an die Reichskonsul in Basel verlegt.

Zu den Klagen über die Güterwägen-Gemeinschaft.

Gegenüber Klagen über die am 1. April in Kraft getretene Güterwägen-Gemeinschaft schreibt der württembergische Staatsanzeiger:

„Es ist wohl für niemanden bestreblich, daß sich das neue Verfahren erst eingeleitet haben muß, es seine Vorteile voll zur Geltung kommen können. Dies trifft namentlich zu hinsichtlich der Regelung des Zustufses der für den württembergischen Verband in erster Linie in Betracht kommenden gebundenen Wagen. Alljährlich fällt im Frühjahr in ganz Deutschland ein besonderer Mangel an Wagen dieser Gattung auf, der in diesem Jahre infolge des späteren Eintritts des warmen Wetters sich ganz unvermittelt eingestellt hat. Trotzdem ist es schon nach dem ersten Tage seit dem Inkrafttreten der Gemeinschaft gelungen, den Bedarf an solchen Wagen im wesentlichen zu decken, während ohne den neuen Verband jedenfalls größere Anstände hervorgerufen wären. Die Verhältnisse haben sich heute schon erheblich beseitigt. Inzuzutreffend ist, daß, wie in einzelnen Zeitungen behauptet wurde, von den Entlastungen leere Wagen an die Ladungsstelle geschickt werden mußten, die dann vielleicht sogar nach denselben Stationen zu neuer Belastung wieder zurückgeschickt wurden. Die Freizug der Bestellung von Wagen wird somit als irgend möglich ausgedehnt, auch werden in dringenden Fällen verpatete Bestellungen noch entgegengenommen.“

Landwirtschaftskammer gegen die Nachlasssteuer.

In einigen Zeitungen ist eine Notiz erschienen, nach welcher sich u. a. auch die Landwirtschaftskammer für die Nachlasssteuer ausgesprochen habe. Diese Mitteilung ist unrichtig, die Landwirtschaftskammer hat sich vielmehr bereits am 28. Dezember v. J. gegen den Gesetzentwurf über die Nachlasssteuer ausgesprochen. Es dürfte sich wohl um eine Verwechslung mit der Handelskammer handeln.

Sozialistische Praxis.

Die Mannheimer „Volksstimme“ beschäftigt sich in letzter Nummer wieder mit der gewöhnlichen stillen Unterstützung mit der Verteilung des Forsters W. von Klustern, von der wir gestern Mitteilung machten.

Wir haben nicht dargelegt, daß man über einen Geistlichen, wie den Pfarrer W., der in Konstanz verurteilt wurde, sehr schärfe Urteile, wenn auch die Verurteilung schon 6 Jahre zurückliegt, wie in diesem Fall, und in der Öffentlichkeit sehr wohl eine Besserung erfolgt sein könnte. Ein Geistlicher hat doppelt die Pflicht, sich an das christliche Sittengesetz zu halten. Und weiß er zum voraus, daß auf ihn zehnmal so viel Steine geworfen werden, wenn er sich etwas zuschulden kommen läßt, als auf einen anderen, und die meisten Steine kommen stets aus jener Richtung, wo sich am meisten Völkler und moralische Kampfen befinden und wo man sonst den leichtesten moralischen Anschauungen halbt. Es ist in der Tat etwas ganz anderes, ob etwa der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Antritt ein strafliches Verhältnis unterhält mit der Frau eines ihm befreundeten Parteigenossen, wodurch die Trennung der Eheleute herbeigeführt wird, oder ob ein Geistlicher sich eines Vergehens schuldig macht wie im Fall zu Klauern. Der Sozialdemokrat glaubt ja an keinen Gott und kein ewiges Sittengesetz und er kann daher andere Verantwortlichkeitsansprüche machen als der Geistliche, dessen Amt es ist, die Sache Gottes und seiner Gebote zu vertreten. Zwar hat auch der Genosse das Recht seines Mitmenschen und Fremden, insbesondere auf einem so delikaten Gebiet, wie das der Ehe es ist, zu achten. Immerhin: man sieht einem Genossen leichter etwas nach, weil man die leichte sozialdemokratische Moral besonders in Liebesangelegenheiten kennt.

Es wohl das der Grund, warum die sozialdemokratische Presse stets mit vieler Entschiedenheit über das sittliche Vergehen eines Geistlichen herfällt, während sie normalerweise stillschweigend oder mit Entschuldigungsmörten über den Schwund in eigenen Lager wegwischt? Oder sollte auch hier die Raubmoral schuld daran sein? Wir erinnern z. B. daran, daß in dem angeführten Fall des Sozialdemokraten Antritt Bebel im „Vorwärts“ nach der Antritt verurteilt, er sehr Antritt nach wie vor als einen sehr fleißigen, sehr opevovolligen und eifrigen Parteigenossen an. Die sozialdemokratische „Zeitschrift“ aber schrieb damals, man habe an dem Verhalten des Genossen Antritt Anstoß genommen auf einem Gebiet, „wo menschliche Schwäche und physische Mangelerscheinungen einen gleich weiten Spielraum haben“. Man wisse daher Geliebte verzeihen, aber nicht nur das, sondern man müsse vor allem den Stempel vermeiden, denn:

„Nicht viel mehr, als durch einen angeblichen oder wirklichen Verstoß, wird die Partei dadurch geschädigt, daß es Leute in ihr gibt, die solche inneren Parteivergehensheiten — bekanntlich nicht zum ersten mal — in die hiesige Presse veröffentlichen. Es sollte doch endlich mehr Freie höher gemacht werden, diese Verurteilung zu entdecken und sie dann vor aller Welt mit beiden Ohren ans Scheunentor zu nageln.“

So das sozialdemokratische Blatt, als es sich um den Gebrauch des sozialdemokratischen Genossen handelte. Wer solche einen Genossen betreffenden Fälle in die Presse bringt, der sollte mit beiden Ohren ans Scheunentor genagelt werden! Das ist ein dramatischer Vorwurf, aber er ist erst gemeint und für jene bestimmt, welche über „Genossen“ handelte berichten. Da schweigt man besser, da verzeiht man, da vermeidet man jedes Aufsehen; wenn es dagegen den Gegner angeht, da nur drauf!

Das ist nichts anderes als Raubmoral in der Praxis. Darum auch stets ein so großes unaufhörliches Gelächern in unseren sozialdemokratischen Blättern, wenn einmal ein Geistlicher verurteilt wird. Wir wollten diesen Partikularismus nur kurz hier mit beiden Ohren ans Scheunentor nageln.

Nun schreibt die „Volksstimme“ aber noch eigens zum Fall in Klauern:

„Es wird behauptet, daß dieser Mann, der in so skandalöser Weise seinen Freierröckel behauptete, nicht auf seiner Partei sitzen blieb, sondern schon vor mehr als einem Jahre der geschicklichen Art die schweren stützenden Werkbänke des Pfarrers bekannt waren. Die Kurie, die sich durch „Berichtigungen“, die sie einmal an uns schickte, von dem schweren Vorwurfe, der sie gegen sie erhoben, zurückziehen wollte, wird durch dieses Urteil aufs schwerste mitbestraft. Dieser doch der ganze Verlauf der Affäre den Beweis dafür, daß ohne das energische Eingreifen der Presse der Skandal vertuscht worden wäre und der geistliche Inhaberverberber noch heute seines Amtes als „Seeliger“ wälten würde.“

So fahre ich ein Konfliktblatt, das durch Berichtigungen zweimal darüber berichtet wurde, daß das unwahr sei, was es jetzt wieder schreibt. Wir bemerken getrennt, daß es unwahr ist, daß das Ordinarat die Verurteilung kannte, wegen welcher Pfarrer W. nun verurteilt wurde. Wir stellen hier fest auf Grund bester Informationen, daß dem Ordinarat, das vor etwa zwei Jahren gegen den Pfarrer eine Untersuchung führte, nichts von dem bekannt war, was die Konstanzger Gerichtsverhandlung nimmer ergab.

Die Zeitung, auf deren Aussage hin das Verfahren gegen Pfarrer W. eingeleitet und er nimmer verurteilt wurde, war eine neue Zeitung, die vor zwei Jahren gar nicht aufgetreten war und daher nicht vernommen werden konnte. Erst ihre Aussage anlässlich des Verleumdungsprozesses des Pfarrers vor etwa zwei Monaten gab Anlaß zu dem gerichtlichen Verfahren und ebenso zur Suspension des Pfarrers. Wer heute noch anders behauptet, der lügt. Die Unterdrückung seitens des Ordinarats vor zwei Jahren zeigte allerdings, daß das Verhalten des Pfarrers nicht immer einwandfrei war; von einer unziemlichen unter Strafgesetzbuch fallenden Handlung ergab sich jedoch nichts. Die Disziplinarverurteilung war deshalb auch dementsprechend. Das Ordinarat konnte den Pfarrer vor zwei Jahren nicht für eine Straftat frohen, von welcher es erst etwa zwei Jahre später Kenntnis erhielt, nämlich durch die erwähnte Gerichtsverhandlung. Das Verfahren des Ordinarats ist völlig einwandfrei und niemand, am allerwenigsten ein sozialdemokratisches Blatt hat das Recht, das Ordinarat auf Grund dieser Angelegenheit zu verurteilen.

Sozialdemokratischen Blättern fehlt allerdings in solchen Fällen regelmäßig jeder Wahrheitsinn. Das kann man ihnen nächstens nicht mehr übel nehmen, da sie sich in die von Raubmoral vertretenen Anschauungen über Wahrhaftigkeit schon so eingelebt haben, daß sie es für völlig einwandfrei zu halten scheinen, wenn sie den Gegner schmähtlich verurteilen.

Einig und jetzt.
Im „Wälder Woten“ lesen wir folgendes: In den sechziger und siebziger Jahren lebte in Heidelberg ein Hochschullehrer namens Bluntzsch, ein Freimaurer und nationalliberaler Führer. Er hat drei Bände Lebenserinnerungen zurückgelassen. Im dritten Bande nun, Seite 250, berichtet er aus dem Jahre 1869, auch er habe „ein paar Mal“ Wahlversammlungen abhalten müssen. So sei er mit Ramey einmal auch in Tauber-

bischhofheim gewesen. Von dieser Wahlreise ins Hinterland schreibt Herr Bluntzsch mit viel Begehren: „Die Rückfahrt war ein Triumphzug. Auf jeder Station waren die Liberalen versammelt und wurde hoch gerufen. Es war das Gegenstück zu der Wahlreise des Bischofs Müdel.“ Vor nicht langer Zeit hat Herr D. Richter in Freiburg gesprochen. Herr D. Richter ist nationalliberaler Parteiführer. Ein Herr, der am Bahnhof anwesend war, als D. Richter ankam, sagte, es sei ihm aufgefallen, wie wenig die Freiburger Liberalen ihrem Parteiführer Aufmerksamkeit erwiesen hätten. Jedenfalls kann er heute die ganze Odemwaldbahn abfahren, ein Hoch auf die Nationalliberalen wird er nicht zu hören bekommen. Dagegen kann er in Tauberbischofsheim einen Kranz mit Widmung auf das Grab der nationalliberalen „Tauberzeitung“ niederlegen.

Die „Badische Landeszeitung“
ist eines der Blätter, welche über badische politische Angelegenheiten am schärfsten unterrichtet sind. Das ist kein Wunder bei dem reichen Medaillenbesitz, der dort seit Jahren zu verzeichnen ist; es vergeht immerhin einige Zeit, bis man sich recht eingearbeitet hat. Nur so ist es zu verstehen, wenn die „Bad. Abzg.“ zu dem, was uns ein früher in Durlach ansässiger Zentrumsmann über die Göttinger und Durlacher Wahl 1905 schrieb, folgende Bemerkung macht:

„Es wird vom blinden Huh der Liberalen gegen das Zentrum geleistet, der von der Sozialdemokratie nicht übertroufen wurde. Es wird zu sein, dieses Augenmaß und dessen Begründung festzuhalten. Die 138 Zentrumswähler in Durlach waren „das Ärgelst in der Woge“. Doch über dieses Jünglein aus Durlach gegen die Liberalen zugunsten der Sozialdemokraten sich neigen werde, konnte man schon vor der Mißverurteilung wissen. Die Karlsruhe-Zentrumsteile empfinden ja keinen besonders motivierten Haß, als es sich darum handelt, zwischen Liberalen und Sozialdemokraten zu wählen, sondern sie stimmen entgegen der Parteiparole einfach nach dem Sinne ihres großen Vorgesetzten von Durlach, unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen.“

Diesem unwillkürlichen Geplauder gegenüber sei nun festgehalten, daß es unwahr ist, daß das Zentrum bzw. der Zentrumsführer Bader jemals die Parole ausgegeben hätte: „Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen“. Und speziell im Jahre 1905 hatte er sich niemandem im Zentrum ein Interesse daran, ob ein liberaler oder anstatt seiner ein sozialdemokratischer Großblöcker gewählt wurde, weshalb die Wahlparole auch auf Wahlenthaltung lautete ebenso gegenüber den sozialdemokratischen wie gegenüber den liberalen Großblöckern. Tatsache ist aber, daß die Liberalen ebenso in Karlsruhe wie in Durlach einen unter aller Kritik dummen und gefährlichen Kampf gegen das Zentrum führten, das Zentrum und die Katholiken in der blühendsten Weise und ohne jeden Grund beschimpften, obwohl sie schon deshalb das Zentrum ganz hätten aus dem Spiel lassen können, weil weder in Karlsruhe noch in Durlach irgendein ein Zentrumsmann in Frage stand. Daraus ergaben sich einzelne Mißverständlichkeiten ebenso in Karlsruhe wie in Durlach auf Seite des Zentrums. Wenn damals einzelne „hervorrauchende“ liberale Agitatoren, die sich in Beschimpfungen und Beschuldigungen besonders hervorzugetan hatten, in Zentrumsversammlungen gekommen wären, hätte man sie ohne weiteres hinausgeworfen. So war die Stimmung unter den Zentrumswählern.

Das kann allerdings die nachfolgende Redaktion der „Bad. Abzg.“ nicht wissen. Aber sie sollte sich deshalb auch hüten, über Dinge zu schreiben, welche sie nicht weiß.

Der Kleinbloß.

Ueber die Sitzung des nationalliberalen engeren Ausschusses teilt die „Heidelb. Zeitung“ mit:

„In der Diskussion über „Abkommen mit den Vinsliberalen“ kam einbellig der Wunsch zum Ausdruck, das von den Demokraten und Freijüngern angebotene partielle Wloabkommen, über das in den Vorverhandlungen zwischen den einzelnen liberalen Parteiführern schon eine Einigung erzielt war, anzunehmen. Die Versammlung ertheilte demgemäß einstimmig dem partiellen Wloabkommen ihre Zustimmung. Wir freuen uns aufrichtig über das nimmer erfolgte Wloabkommen zwischen den liberalen Parteien und hoffen, daß die Wloabkündigungsfrist auch in den Wahlkreisen, auf die sich der Haß nicht erstreckt, auf die Agitationsweise zwischen den liberalen Parteien günstig einwirken wird. Erfreulich ist auch, daß die unermantwortlichen Ratgeber der liberalen Parteien, aus deren Feder die Nachricht in den letzten Tagen verbreitet wurde, daß mit Genehmigung des Scheitern der Wloabverhandlungen zu erwarten sei, in keiner Weise Recht behalten.“

Die „Karlsruher Zeitung“ berichtet gleich, daß das Abkommen auf folgender Grundlage beruht:

„In den Bezirken Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Bad-Stadt und Lahr-Rand wird das frühere Wloabkommen unter Wahrung des Bestandes der betreffenden Partei aufrechterhalten; in den Bezirken Baden-Baden, Vörsberg-Adelsheim und Emmendingen werden linksliberale Kandidaten nicht aufgestellt; die bereits neuangestellten nationalliberalen Kandidaturen in Schweigen und Wunstal, sowie die demokratischen Kandidaturen in Haffstall und Wloab-Teiberg bleiben bestehen. Vereinbarungen bezüglich der Stichwahlen in den letztgenannten Bezirken und in mehreren anderen Bezirken sollen nach der Hauptwahl eingeleitet werden.“

Auf diese Mitteilung bezieht es sich wohl, wenn die „Bad. Landeszeitung“ (Nr. 171) den orthodoxen Parteistandpunkt vertritt bemerkt:

„In einem nationalliberalen Blatt werden denn auch die in Betracht kommenden Wahlkreise richtig aufgeführt. Es geschieht das aber per nos. Es war nicht möglich, dem Wloabstich des Vertrages wie der nationalliberalen Partei nicht möglich, das in diesem Augenblick zu tun. Erst der Wloabstich des Abkommens, das sich auch nach auf, lagen wir, Nebenstände erziehen soll, gibt ein richtiges Bild.“

Dabei erhält auch die „Frankf. Ztg.“ ihren Tadel, was den Karlsruheer Mitarbeiter des Frankfurter Blattes zu der Bemerkung veranlaßt:

„Auch die Frankfurter Zeitung“ bekommt einen Tadel, weil sie bereits getrennt richtig auf die Bedeutung dieser — sagen wie ebenfalls — Nebenstände hingewiesen hat. In diesem Fortsetzen des nationalliberalen Parteistandes liegt beinahe ausschließlich nur eine neue Befestigung dafür, daß vereinigte Elemente in der nationalliberalen Partei Baden immer noch einer klaren und offenen Verständigung mit dem linksliberalen Widerstreben, die sie, auch das wollen wir auf Grund sehr guter Kenntnis bestimmter Vorgänge wiederholen, von den weitesten Kreisen der nationalliberalen Wählererschaft gewünscht wird.“

Lörrach-Land und Lörrach-Stadt sind in dem Abkommen nicht genannt. Dort bleibt also die Frage wie bisher — gemildert allerdings durch die im übrigen erzielte Einigung.

Will niemand die Irrfahrten dieses modernen badischen Wloabkommens schildern, die er seit 1905, besonders aber im letzten halben Jahre, durchgemacht hat? Es müßte wirklich interessant werden!

Lokales.

Karlsruhe, 16. April 1909.
Der Besuch des Prinzen Lubow von Bahren wurde wegen der Erkrankung des Großherzogs verfrühen.

Kath. Männerverein der Oststadt. In der am Mittwoch stattgehabten geselligen Besuchsversammlung kamen auch die Mitglieder zur Besprechung, unter denen unser Stadtleute zu leiden hat. So wurde insbesondere erneut darüber Klage geführt, daß die neue höhere Mädchenschule wieder in dem Westen der Stadt errichtet werden soll, wodurch es den vor dem Durlacher wohnenden Familien wenn nicht ganz unmöglich, so doch nur unter großen Kosten an Geld oder an Gesundheit möglich ist, ihren Töchtern eine bessere Ausbildung zu geben. Dadurch werde auch die Anziehung vieler Familien verhindert, die unter anderen Verhältnissen gewiß den Oststadtbezirk bevorzugen würden. Auch das Fehlen eines Wochenmarktes wurde lebhaft beklagt und die Meinung ausgesprochen, daß auch diese Frage endlich einer Lösung entgegengeführt werden sollte. Daß der Oberbau der Straßenbahn wochenlang uneingedeckt daliegen kann, wurde als unerhörte Begebenheit bezeichnet, daß es doch Sache der Stadt sei, auch für die Verkehrssicherheit ausreichend zu sorgen. Die unmöglichen Gründe für die Zurückführung wurden von verschiedenen Seiten erörtert. Man erwartet, daß der jetzt tagende Bürgerausschuß dafür sorgt, daß endlich einmal auch dem Osten die Fürsorge zuteil werde, der sich gewisse andere Stadtteile in geradezu splendor Weise erfreuen dürfen.

Todesfall. Die Freiin Vera Faets von Amerongen, Soprahe der Prinzessin Marg. seit höchster Vermählung, ist vorgestern vormittag 9 Uhr laut „Karlsruh. Ztg.“ nach langer schwerer Krankheit verstorben. Die Beisetzung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Aus dem Gerichtssaal.

J. Offenbach, 15. April. Vor dem Schöffengericht hier kam gestern die Verleumdungsklage des „Genossen“ Franz E. Huber in Egerdörfer gegen Pfarrer Eder und den dort und dem verantwortlichen Redakteur der „Offenburger Ztg.“ zur Verhandlung. Pfarrer Eder wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, Redakteur Preuß freigesprochen. Aufgrund der Widerklage des Pfarrers Eder gegen Huber wurde dieser zu 16 M. Geldstrafe verurteilt. Von den Kosten hat Huber 1/2, Pfarrer E. 1/4 zu tragen. Die ebenfalls beim Schöffengericht hier anhängige Verleumdungsklage von Pfarrer Eder gegen Redakteur Weichmann vom „Volksfreund“ in Karlsruhe wurde gestern durch Vergleich erledigt; der Redakteur nimmt die Verleumdungen bedauernd zurück und trägt die Kosten.

Vermischte Nachrichten.

Wien, 14. April. Das Steiner Gutachten in Nordproben A d e ist hier eingetroffen. Es erklärt den Täter für irrsinnig. Es wird nimmer ein Oberstaatsanwalt von Heidelberg eingekerkert werden.

Hd. Karlsruhe, 15. April. Gestern mittag sprach der bei dem Variété-Theater Sabaria angeheuete Entschuldigungskünstler M. Carozzi gegen die der Antipathie in die Kar. konnte sich aber der Hesse nicht entziehen und ertrant.

Hd. Neuhof, 15. April. In dem mexikanischen Wineslager Balardena kam es bei einer Prozession zu blutigen Kämpfen zwischen Bergleuten und Truppen, wobei 33 Personen getötet wurden.

Internationale Getriebeliste verhaftet.

Hd. Frankfurt a. M., 15. April. Das Haupt einer internationalen Hotel- und Juwelen-Diebstahlbande ist jetzt auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei durch die französische General-Polizei-Direktion in Paris verhaftet worden. Es ist dies der frühere Schornsteinfeger Albert Spornbach, der mit seiner Wichte und Gelehrtheit, seinen Verstand als Verurtheilten, und seinem langjährigen Hauptsekretär Willi Starke ergriffen worden ist. Die Bande hatte in 2 Monaten Goldsteine im Werte von mehr als 2 1/2 Millionen Mark gestohlen. Vor einigen Tagen hat ein Zimmer der Starke-Wohnung ein Schornsteinbrand aus, der durch Verbrennen von Papier verursacht war. Da Starke seit langer Zeit im Verdacht steht, mit Hilfe eines Typographen in Frankfurt a. M. falsche Banknoten zu fabricieren, so mutmaßt die Polizei, daß solche vernichtet wurden und schritt zur Verhaftung der drei Personen. Hornschuh wird auch laut „Hf. G.-Ztg.“ von der Weinger Staatsanwaltschaft wegen eines Zufalles verhaftet, den er im Juni 1908 zu Schwarz, Kreis Schleusingen, an einem 13jährigen Mädchen verübt haben soll.

Erdbeben.

Hd. Trier, 16. April. Nach telegraphischen Mitteilungen an die „Trierer Landeszeitung“ wurden gestern vormittag 8 Uhr 45 Minuten in den Gundsdröckern: Schönbach, Damm und Kompenden ein von Ost nach West laufendes heftiges Erdbeben verspürt, der von unterirdischem dumpfen Rollen begleitet war.

Hd. Wien, 15. April. Ein neues Fernbeben registrierte gestern abend die Laibacher Erdbebenwarte. Die Aufzeichnungen begannen um 9 Uhr 06 Min. 06 Sec. und erreichten ihr Maximum mit einem Ausschlag von 13 mm um 9 Uhr 40 Min. 10 Sec. und endeten um 11 Uhr. Die Seerds-Distanz wurde auf 6000 Kilometer berechnet.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 15. April. Die Schiaw-Werft erhielt einen Bauauftrag des Reichs-Marineamtes für ein großes modernes Miniergeschiff. Der Hamburger Werft von Blohm u. Voß wurde der Bau des großen Panzerkreuzers H übertragen.

Hd. Wien, 15. April. In Hofkreisen wird behauptet, daß der deutsche Kronprinz aus Wloresf am 24. d. zum Besuch Kaiser Franz Joseph in Wien eintrifft. Der Kaiser wird seinen Gast am Bahnhofe begrüßen.

Hd. Paris, 15. April. In französischen Regierungskreisen wird die Nachricht von einem die Türkei betreffenden anglo-russischen Abkommen als Gründung bezeichnet.

Hd. Paris, 15. April. Der Präsident des französischen Luftschiffer-Klubs ließ den fremden Luftschiffer-Klubs die neuen Instruktionen der Behörden betr. die Landung fremder Ballons in Frankreich zugehen.

Hd. Petersburg, 15. April. Der russische Minister des Äußeren, Iswolski, hat seine Reise nach dem Auslande vorläufig verschoben.

Hd. Petersburg, 15. April. Die Anleihe für Bulgarien wurde gestern al pari abgeschlossen. Sie beträgt 82 Millionen und ist in 75 Jahren tilgbar.

Hd. Buenos-Ayres, 15. April. Wie ein Telegramm des Blattes „Nation“ aus Montevideo meldet, hat der Senat von Uruguay einen Gesetzentwurf angenommen, betreffend Aufnahme einer Anleihe von 40 Mill. Francs.

Die Osterreich des Kaisers.

Hd. Venedig, 15. April. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen heute bei sehr schönem Wetter Spazierfahrten. Die Abreise von hier nach Goriz wird morgen früh 5 Uhr erfolgen. Die Ankunft in Goriz ist für Samstag vorgesehen.

Hd. Venedig, 16. April. Die Abreise des deutschen Kaiserpaars von Venedig erfolgte heute früh 5 Uhr. Der Kaiser übergab dem Bürgermeister von Venedig 1000 Lire für die Armen der Stadt.

Balkanstaaten.

Ein Aufstand der Serben im Sandschal. Aus Belgrad wird gemeldet: Der serbische Konsul in Neskub meldet hierher, daß sich im Sandschal Nodibozar ein Aufstand der Serben vorbereite, welche ihren Anstoß an das Mutterland durchsetzen wollen. Prinz Georg hat erklärt, er werde Serbien jetzt nicht verlassen, nachdem durch die Umwälzung in der Türkei Serbien vor die Alternative gestellt sei, die Brüder in Albanien und Mazedonien vom türkischen Joch zu befreien oder darauf für alle Zeiten zu verzichten. Im Offizierskloster erklärte er wiederholt, die serbische Armee werde bald Gelegenheiten haben, ihre Vaterlandsliebe durch Taten zu beweisen.

Wesentlich: Karuhun haben sich in Florida an der Bahnstrecke Salomiti-Neskub ereignet. Eine griechische und eine bulgarische Bande drang in den Ort ein und lieferten einander einen Kampf, wobei die bulgarische Bande, die aus 44 Mitgliedern bestand, 14 Tote hatte. Das reguläre Militär wurde in die Flucht geschlagen.

Die Umwälzung in der Türkei.

Hd. Halle a. d. S., 15. April. Wie das Auswärtige Amt der „Halleischen Zeitung“ auf Anfrage mitteilt, sieht für die Deutschen in Konstantinopel keine Gefahr. Die „Coreley“ liegt im dortigen Hafen.

Hd. Konstantinopel, 15. April. Jaber Pascha, der gestern an Muhtar Paschas Stelle zum Befehlshaber des Gardekorps ernannt wurde, hat auffallenderweise dieses Kommando schon wieder abgegeben und Großvezir Tevfik Pascha hat darauf dem Sultan vorgeschlagen, den früheren Kriegsminister General Nafim Pascha zum Kommandeur des Gardekorps zu ernennen. Nafim Pascha hat die Ernennung angenommen. Der Kommandowechsel macht großes Aufsehen. Er steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit den unbehaltenden Zuständen in der Garnison, vielleicht aber auch mit Nachrichten, die über die Stimmung der Truppen in Saloniki und Adrianopel hier eingetroffen sind.

Hd. Wien, 15. April. Der Militärattaché bei der Berliner türkischen Botschaft, Major Guter, ist heute früh hier eingetroffen und setzte nach im Laufe des heutigen Vormittags in Begleitung des türkischen Militärattachés Major Gaffi bei der Besuche nach Saloniki fort. In hiesigen wohlinformierten Kreisen bezweifelt man, daß diese beiden Männer ihren Zweck erreichen werden, da es der liberalen Union bereits gelungen sein soll, sowohl das 2. Armeekorps in Saloniki, als auch das 3. Armeekorps in Adrianopel auf ihre Seite zu bringen. Man befürchtet, daß sie, wenn nicht ihr Leben, so doch ihre Freiheit einbüßen könnten.

Hd. Belgrad, 16. April. Aus Neskub wird gemeldet, daß am Dienstag in Belgrad 6 Serben ermordet wurden. In Kolofschin wurden 2 Serben ermordet, der eine davon war ein Geistlicher. Hier ergo man die Befürchtung, daß die Konstantinopeler Vorgänge neue Verfolgungen der Serben und Morbanten an ihnen zur Folge haben werden.

Hd. Konstantinopel, 16. April. In der Kammer wurde gestern ein Telegramm verlesen, wonach in Saloniki, Monastir und Janina die Truppen dem Kommandanten des 3. Armeekorps, dem Metrovopoliten und anderen hohen Beamten in Saloniki unterschrieben ist, verlangt die Wiedereröffnung des alten Kabinetts, widrigenfalls das dritte Korps unversichtlich nach Konstantinopel marschieren werde. Ein Telegramm des osmanischen Lloyd aus Saloniki, das heute erschienen wird, lautet: Die Bevölkerung in Saloniki ist ruhig. Tausende von Freiwilligen aller Klassen haben sich in die Stammrollen eingeschrieben. Ein Ministre-Meeting wurde auf dem Exzerzierplatz veranstaltet. Ganz Mazedonien ist dem Prinzip der Konstitution treu.

Hd. Konstantinopel, 16. April. Matrosen vom Kriegsschiff „Assar“ in Towfik schleppten gestern vormittag einen Offizier nach dem Vildiz, riefen den Sultan an Fenster, um ihm zu erzählen, daß der Offizier ihnen Befehl gegeben habe, ein Geschütz auf den Vildiz und ein auf die Forte zu richten um Feuer zu lassen. Als der Sultan nach dem Angekauigten fragte, zerrten ihm die Matrosen hinter einem Baume hervor. Der Sultan sagte ohne den gefesselten Offizier zu befragen, man möge ihn nach der Vildizwache bringen, wo er gemäß dem Scheriatrecht zum Tode verurteilt und aufgehängt werden solle. Zugleich machte der Sultan ein Zeichen des Bedauerns, indem er die Hände hoch hob. Dies fahnen die Matrosen falsch auf, schlugen den Offizier nieder, stachen ihn mit dem Bajonett tot und hängten die Leiche an einem Baume bei der Vildiz-Wache auf.

Hd. Konstantinopel, 16. April. Anstelle des vorgestern ernannten Vildiz-Kommandanten Scheinot Pascha ist Memduh Pascha zum Kommandanten des 2. Korps ernannt worden.

Wetterbericht des Zentralb. für Meteorol. und Hydrogr. vom 16. April 1909.

Die gestern über Polen eingetragene Depression ist nach dem nordwestlichen Ausfluge abgezogen, der hohe Druck hat sich ganz auf das Festland verlagert und weist einen Kern über Deutschland auf. Hier hat es vom Nordosten angehen meist aufgefällt. Im Nordwesten der britischen Inseln ist eine neue Depression erschienen, die aber voraussichtlich vorerst sich nicht geltend machen wird, es ist deshalb heiteres und wärmeres Wetter zu erwarten.

Tages-Kalender.

Freitag, den 16. April 1909:
Zwölfstünd. Unterrichtsabend.
Kath. Gesellenverein. 9 Uhr Gelangprobe.
Wpolscheiter. 8 Uhr Varietevorstellung.
Kolozeum. 8 Uhr Vorstellung.

Neueste Seiden für

Roben und Blousen. Wundervolle Auswahl verzeilt Las Hans. Muster franko.
Seidenstoff-Fabrik-Union
Adolf Grieder & Cie., Kgl. Hofl. Zürich (Schweiz)

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 15. April. (Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes.) Am Freitag waren 25 Fleischwaren...

und Veräusserungs-Aktien geteilt und zwar notierten: Franco, Rüd- und Wäverfäher-Aktien 750 G. (+ 40 M.)...

Karlsruher Stadtsbuch-Auszüge. Eheaufgabote: 14. April. Albert Wittum von Forstheim, Schloffer hier, mit Emilie Schäfer von Bergshausen...

hier, mit Maria Keller von Söllingen. - Ludwig Wadenhut von Diebelsheim, Speisehändler hier, mit Hermine Christ...

Geburten: 10. April. - Alfred Paul, Vater Eduard Hüß, Kaufmann. - Gertrud Schmalz, Vater Eduard Schmalz...

Karl Wilhelm, Vater Albert Loh, Uhrmacher. - 14. April. - Erich Franz Gustav Bernhardt, Vater Wilhelm Rüdiger...

Wasserhand des Rheins am 16. April 1909 früh: Schifferinsel 2,08, gefallen 28. April 2,58, gefallen 12. März 4,75...

Groß-Postverkehr. Freitag, 16. April. Abf. A. 55. Abms.-Vorstellung. Neu einstudiert: Die Entführung aus dem Serail...

Sie ist wieder da die alte Freundin und hilft auch in diesem Frühjahr in jedem Hause tüchtig beim Hausputz...

Drabstgelechtsfriedigungen.

Das Liefern und Aufstellen einer dreitägigen 674 Mtr. messenden Drabstgelechtsfriedigung für die Vorgärten und das Gartengelände bei den Hochbauten...

Die Zeichnungen und Bedingungen können auf unserem Hochbauamt, Rheinstraße Nr. 4, eingesehen werden...

Offenburg, 15. April 1909. Großh. Bahnbauinspektion II.

Ludwig Schweisgut, Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4. Pianos und Harmoniums. Nur allerbeste Fabrikate...

Verantwortmachung. Im Bundeszimmer des städt. Wassermessers, Schlachthausstraße 17...

Ein kräftiger Junge. achtbarer Eltern findet sofort Beschäftigung bei H. Herr, Schloßerei, Durlach.

Zahnatelier Häusler. Inh.: J. Zolg. immer noch Amalienstrasse 25 a. Telefon 2156, hinter der Hauptpost. Garantiert schmerzlose Zahnoperationen...

Hôtel-Restaurant Café Nowack. Katholisches Vereinshaus. Die Mitglieder der k. Vereine und Leser des „B. B.“ treffen sich Sonntag Nachmittag und Abend mit Vorliebe im Café Nowack...

Angenehme Kleidung geht über Alles! Luftdurchlässige Wäsche, Hemden, Hosen, Hemdhosen, Büstenhalter, Gesundheits-Korsetts, Leibbinden. Reformhaus zur Gesundheit, Karlsruhe, Kaiserstrasse 40.

Tafel-Geflügel, franz. Poularden, junge Hahnen, Tauben. Herm. Munding, 110 Kaiserstrasse 110.

Katholischer Männerverein der Südstadt. Dienstag, den 20. April 1909, abends 9 Uhr, in der „Wolfschlucht“ (hinters Lot).

Dankfagung. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die anlässlich des Hinscheidens meiner lieben, unvergesslichen Gattin, unserer lieben Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Rosina Köhler, geb. Wiel, ihr Beileid durch Franzosen und Teilnahme an dem Leichenbegängnisse bezeugt haben...

Diese Woche! Ziehung 17. April 1909. Bad. Rote + Lose a. i. M. Nur Geldgewinne. 3380 Bar-Gew. ohne Abzug 44000 M. 2 Hauptgewinne 20000 M. 586 Gewinne 14000 M. 2500 Gewinne 10000 M.

Frankfurter Börsenkurse vom 15. April 1909. Table with multiple columns listing various stocks, bonds, and exchange rates. Includes sections for Staatspapiere, Industrie-Aktien, and Wechsel.

Notierungstage für Prolongationszins: 26., 27. April 1909. Wechsel. Kursen Sicht 2 1/2 - 3 Monate. Amsterdam 100, London 100, Paris 100, etc.